

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
	1. Anträge, die finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2019 haben				
	Anträge der CDU				
1	Entlastungsstraße: Die Verwaltung wird beauftragt Straßenprojekte weiter zu beschleunigen und dafür die notwendigen Personalressourcen bereitzustellen und Planungsmittel in Höhe von 400.000€ insbesondere für die Planung und den Bau einer Entlastungsstraße (Nord-Süd-Straße) für das Jahr 2019 einzustellen.	Der Antrag wird befürwortet. Im Technischen Ausschuss am 06.11.2018 und im Gemeinderat am 20.11.2018 wurde die Vorstudie zur Osttangente als 1. Teilabschnitt zur Nord-Straße (Entlastungsstraße) beschlossen. Für eine Entlastungsstraße ist als nächster Schritt ein VgV- Verfahren durchzuführen, um ein geeignetes Ingenieurbüro für die weiteren Planungsschritte beauftragen zu können. Mit den Planungsleistungen kann in 2019 noch begonnen werden, ein Bau ist jedoch erst nach dem Erwerb der Grundstücke sowie einer Genehmigung durch ein Planfeststellungsverfahren möglich. Die hierzu notwendigen Personalressourcen sind nicht vorhanden. Für dieses und weitere Straßenbauprojekte wird deshalb die Verwaltung neue Personalanträge stellen.	66	TA	Im TA am 27.11. mit 2 Gegenstimmen zugestimmt.
2	Grünordnungsplan (GOP): Die Verwaltung wird beauftragt, eine erste Rate in Höhe von 10.000€ für eine Aktualisierung und Anpassung des bisherigen Grünordnungsplanes in den Haushalt einzustellen. Zielsetzung ist es, den natürlichen Lärmschutz auszubauen und gleichzeitig die Stadt mit Ihren unterschiedlichen Ortszentren gestalterisch aufzuwerten.	10.000 Euro werden in die Änderungsliste aufgenommen. Die Verwaltung macht Vorschläge über die Verwendung der Mittel. Der GOP ist ein Planungsinstrument in der verbindlichen Bauleitplanung und ist Bestandteil des Bebauungsplanverfahren. Der LUP ist ein Instrument der vorbereitenden Bauleitplanung und ist der fachliche Begleitplan jedes FNPs. Der letzte FNP wurde 2009 erstellt und soll bis 2020 gelten. Im LUP werden Umweltqualitätsziele formuliert, die als Beurteilungsmaßstab für alle Planungen innerhalb der Gemarkung LE herangezogen werden können. Er ermittelt Datengrundlagen für Umweltziele, z.B. auch für die Lärminderungsplanung. Der "Ausbau des natürlichen Lärmschutzes" wird in den einzelnen Bebauungs- und Grünordnungsplänen geregelt.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
3	Die Verwaltung wird beauftragt den „Neuen Markt“ mit mehr Natur gestalterisch langfristig aufzuwerten und dafür 10.000€ im Haushaltsplan 2019 bereitzustellen.	Für den Neuen Markt wurden Vorschläge für ein Gestaltungskonzept erstellt, welche voraussichtlich im Dezember dem TA vorgestellt werden. Zur Umsetzung des Konzeptes sind für 2019 100.000€ eingestellt. Das Konzept beinhaltet auch eine Grünausstattung.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
4	Wir beantragen den Personaletat für das Stadtmarketing um 80.000€ aufzustocken, um identitätsstiftende Maßnahmen zu fördern. Die Mitarbeiter des Stadtmarketing als Ideen- und Impulsgeber sind eine wichtige Basis. Das diesjährige erfolgreiche Sommerereignis auf dem Neuen Markt „Kinovorführung unter freiem Himmel“ mit Beteiligung der ortsansässigen Geschäfte zur Belebung der Ortsmitte in Leinfelden, war eine tolle Idee des Stadtmarketing. Erfolgreiche Ideen, sollte unbedingt wiederholt werden, auch in anderen Stadtteilen.	Der Antrag wird befürwortet, da die im VKS am 5.6.2018 diskutierten offenen Fraktionsanträge, Stadtmarketingprojekte und Einzelmaßnahmen im Rahmen der derzeit verfügbaren Personalkapazität weder abgearbeitet, noch betrieben werden können. Inhaltlich wird auf die Vorlage 2018/087 verwiesen. Der Antrag wurde in der Sitzung der gemeinderätlichen AG Öffentlichkeitsarbeit am 24.10.2018 bereits diskutiert und auch von den anderen Fraktionen positiv aufgenommen. Die beantragte Personalkostenaufstockung muss aber noch mit einer Personalkonzeption und einer entsprechenden Stellenausweisung im Stellenplan hinterlegt werden. In der GR-Sitzung vom 18.12.2018 erfolgte noch die Ergänzung, dass die Mittel als Sachkosten zur Verfügung gestellt werden und zunächst über einen Sperrvermerk bis zur Vorlage eines Konzepts zur personellen und inhaltlichen Verwendung gesperrt sind.	01/10	VKS	Im VKS am 28.11. mit 7 Gegenstimmen abgelehnt. Im GR bei 9 Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt.
5	Die Verwaltung wird beauftragt, den 10% Eigenanteil bei Erstinvestitionen für die Tageseltern zu übernehmen, analog zu dem Modell Tagesbetreuung in anderen geeigneten Räumen (TiagR)	Die Stadt Leinfelden-Echterdingen ist die Stadt im Landkreis, die mit weitem Abstand schon heute die besten Rahmenbedingungen für die Tagespflege bietet und die Förderung gerade in jüngster Vergangenheit in immer schnelleren Schritten ausgebaut hat. Mit diesem Ausbau ist auch ein Mehraufwand in der Verwaltung entstanden, der bislang noch nicht entsprechend nachjustiert wurde. Die Verwaltung möchte den Antrag im Verbund mit dem Tageselternverein umsetzen und stellt dafür 10.000 Euro in die Änderungsliste ein. In Abhängigkeit zum Mehraufwand, den die neuen Fördermodelle mit sich bringen, wird die Verwaltung Vorschläge für eine Personalaufstockung im Amt 40 machen müssen.	40	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
	Anträge der Freien Wähler				
6	Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 380 Punkte.	Der Hebesatz der Gewerbesteuer wurde zuletzt im Jahr 2017 nach 20-jähriger Konstanz um 10 Prozentpunkte, im Hinblick auf den enormen Mittelbedarf der Stadt für die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur erhöht. Da sich eine Hebesatzänderung zunächst nur auf den Anteil der Vorauszahlungen auswirkt und erst im Laufe der Jahre das Gesamtaufkommen beeinflusst ist davon abzuraten, den Hebesatz in kurzen Abständen zu ändern. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer sollte losgelöst von konjunkturellen Schwankungen betrachtet werden.	20	VKS	Im VKS am 28.11. mit 5 Gegenstimmen zugestimmt.
7	Senkung des Grundsteuerhebesatzes auf 370 Punkte.	Der Hebesatz der Grundsteuer wurde analog dem Hebesatz der Gewerbesteuer im Jahr 2017 erhöht. Da sich 10%-Punkte beim Hebesatz der Grundsteuer für den Einzelnen Wohnungs- bzw. Hauseigentümer nur minimal auswirken wird auch hier von einer neuerlichen Hebesatzänderung abgeraten.	20	VKS	Im VKS am 28.11. mit 5 Gegenstimmen zugestimmt.
8	Steigerung der Investitionsmittel für sozialen Wohnungsbau von 250.000 auf 500.000 Euro.	Bis ins Jahr 2022 sind für den sozialen Wohnungsbau insgesamt 5,5 Mio. vorgesehen. Die 150.000€ Budget für die Stuttgarter Straße und die 100.000 € Budget für die Jakobstraße sind nur ein Teilbetrag dieses Gesamtbudgets. Reglementierendes Problem ist die Personal-Ressource Amt 65	65/20	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
9	Bereitstellung notwendiger Haushaltsmittel auf der Investitionsseite für eine Vorfinanzierung des Weiterbaus der U5 bis Echterdingen ab 2019.	Grundsätzlich wird der Antrag begrüßt, da auch die Verlängerung der U5 wesentlicher Bestandteil des Mobilitätskonzepts ist. Die Planungen für den Weiterbau der U5 bis Echterdingen müssen bei der SSB erstellt werden. Als nächster Schritt ist die Verlängerung der Stadtbahnlinie bis zur Haltestelle Neuer Markt eingeplant. Dieser Abschnitt soll laut SSB bis Ende 2021 fertig gestellt werden. Die Einstellung von Investitionsmitteln sind erst erforderlich, wenn die Planung, insbesondere die Zeitplanung vorliegt. Im TA wird am 4.12. durch die SSB berichtet. Zur Vermeidung von Haushaltsmittelresten wird momentan auf die Einstellung von Mitteln verzichtet.	66/32	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
10	Beantragung der sofortigen Umsetzung eines Neubaus des Hallenbades an zentralem Standort (z.B. ehemaliges „Renaultgelände“) und Bereitstellung der hierfür notwendigen Investitionsmittel sowie Fortsetzung des Betriebes des Gartenhallenbades Leinfelden bis zur Fertigstellung des Neubaus.	In mehreren Klausurtagungen des GRs wurde das Hallenbad verschoben. Die Verwaltung präferiert ebenfalls einen Neubau, weist aber auf die noch ausstehenden Ergebnisse einer derzeit laufenden Untersuchung Neubau/Sanierung hin. Sollten sich hieraus keine wesentlichen Änderungen ergeben, wird die Verwaltung dem Gremium einen Neubau vorschlagen. An eine sofortige Umsetzung eines Neubaus ist nicht zu denken. Die personellen Ressourcen werden im Benehmen mit dem Gemeinderat für den Ausbau der Schulen verwendet.	65/40	TA/VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag, OB Klenk sichert Sachstandsbericht im TA am 04.12.2018 zu.
11	Bereitstellung von Investitionsmitteln für die Planung und den Bau der Osttangente und den Anschluss über die Max-Lang-Straße an die Echterdinger Straße ab dem Haushaltsjahr 2019 sowie der Planung des Weiterbaus einer Südspange in einfacher Variante bis zur alten B27.	Siehe Antrag 1	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
12	Erhöhung der Mittel für die Sanierung von Rad- und Feldwegen von 50.000 auf 100.000 Euro.	Grundsätzlich wird die Erhöhung für Rad- und Feldwege begrüßt. Für 2019 sind allerdings mehrere Straßenbaumaßnahmen eingeplant, so dass selbst bei einer Erhöhung der Mittel eine verstärkte Umsetzung aus personellen Gründen nicht möglich wäre.	66	TA	Im TA am 27.11. wurde Einstimmig der Erhöhung der Mittel auf 100.000 Euro zugestimmt.
13	Beantragung einer Tourismusabgabe für alle nicht geschäftlichen Übernachtungen in Höhe von 2,50 Euro pro Erwachsenem und Übernachtung, bzw. von 1,50 Euro bei Minderjährigen. Kinder bis 5 Jahren sollen von der Abgabe freigestellt bleiben.	Die Verwaltung wird die Gesamthematik unter allen relevanten Aspekten (rechtlich, verwaltungstechnisch, wirtschaftlich) aufarbeiten und eine entscheidungsreife Vorlage zur Vorberatung in den VKS einbringen.	01/20	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag. Der Bericht wird für den Beginn des II. Quartals 2019 zugesagt.
Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen					
14	Wir fordern die Verwaltung auf, in Abstimmung mit der SSB die Bahnsteige entlang der U5 auf unserer Gemarkung für eine Doppeltraktion auszubauen. Die Baumaßnahmen sollen auch dann durchgeführt werden, wenn es keine Förderung dafür gibt. Eine Fertigstellung gleichzeitig mit den Schelmenäckern ist anzustreben.	Der Antrag wird grundsätzlich begrüßt. Der Ausbau der Bahnsteige für die Doppeltraktion macht dann einen Sinn, wenn auf der gesamten Strecke alle Haltepunkte entsprechend umgebaut werden können. Die Verwaltung klärt mit der SSB, ob dies technisch möglich ist.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
15	Die Grüne Fraktion beantragt, die Ausweitung der Anlegung von Blühstreifen bzw. Blühflächen auf kommunalen Grünflächen wie Straßenrändern, an Ortseingangsbereichen, in der Nähe von Öffentlichen Einrichtungen, auf ökologischen Ausgleichsflächen und sonstigen ungenutzten öffentlichen Grünflächen. Für die von Landwirten gezielt angelegten Blühstreifen reduziert die Stadt die Pachthöhe. Allerdings hebt sie die Pacht für ihre Ackerflächen so an, dass keine Mehrkosten entstehen. Landwirte sollen direkt von der Stadt zur Teilnahme an Förderprojekten, die dem Naturschutz dienlich sind, angeregt werden.	Der Antrag wird begrüßt. Die Verwaltung wird 10.000 Euro in der Änderungsliste zur Ausweitung der Blühstreifen zur Verfügung stellen. 2019 bewirbt sich die Stadt LE für das Projekt "Natur nah dran" beim NABU BW. Hierbei werden 5 Flächen zu Blühstreifen umgewandelt. Bei Neuanlage von Grünflächen wird die Möglichkeit der naturnahe Bepflanzung geprüft und ggf. bevorzugt. In den jährlich stattfindenden Gesprächen mit den landwirtschaftlichen Vertretern wird die Möglichkeit der Teilnahme an Naturschutz-Förderprojekten besprochen. Ein Hinweis darauf kann grundsätzlich auch beim Abschluss von neuen Pachtverträgen mit den Landwirten erfolgen.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
16	Die Stadt führt für ihre Beamte die Möglichkeit des Fahrradleasings („Jobfahrräder“) ein. Für Angestellte des öffentlichen Dienstes soll für den Erwerb eines Fahrrads eine vergleichbare Leistung eingeführt werden.	Die im Antrag dargestellte rechtliche Unterscheidung zwischen Beamten und Beschäftigten besteht tatsächlich. Das "Jobrad" ist eine von vielen personalwirtschaftlichen Maßnahmen und Möglichkeiten zur Förderung der Mobilität und der Attraktivität des Arbeitgebers, allerdings eine rechtlich sehr komplexe und daher umstrittene Möglichkeit. Die Verwaltung plant aktuell eine Gesamtbetrachtung aller Leistungen der Stadt für ihre Beschäftigten und Beamten, die auch das betriebliche Mobilitätsmanagement einbeziehen und wird im ersten Halbjahr 2019 die Ergebnisse und Vorschläge dem Gemeinderat dazu vorstellen.	10	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
17	Bei Hunden aus dem Tierschutz verlängert die Stadt Leinfelden-Echterdingen die Dauer der Befreiung von der Hundesteuer von jetzt einem Jahr auf zwei Jahre.	Sollte der Antrag eine Mehrheit im Gremium finden, wird die Satzung dementsprechend geändert.	20	VKS	Im VKS am 28.11. mit 3 Gegenstimmen zugestimmt.
18	Wir beantragen einen Sondertermin für den Gemeinderat, an dem die neuen Buslinien kennen gelernt und getestet werden können. Auch für die Bevölkerung erwarten wir kostenfreie Schnupperfahrten für das gesamte Liniennetz auf unserer Gemarkung.	Bereits im GR am 20.11. wird das neue Liniennetz im Detail vorgestellt und darüber im Amtsblatt berichtet. Darüber hinaus findet ebenfalls am 20.11. dazu eine Pressekonferenz statt. Am Samstag 01.12.2018 wird es mit Betriebsbeginn der neuen Buslinien einen Am Samstag 01.12.2018 mit Betriebsbeginn der neuen Buslinien wird es einen kostenlosen Schnuppertag für alle Interessierten geben. Es wird eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.	32	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
19	Die Stadtverwaltung möge prüfen, wie sie zum jährlich stattfindenden „Stadtradeln“ unter Einbezug von Firmen, Vereinen, Parteien und Kirchen ein Begleitprogramm auf die Beine stellen kann mit interessanten Thementouren, Rad-Aktionen und einer Abschlussveranstaltung.	Öffentlichkeitsarbeit für Radverkehr ist grundsätzlich sinnvoll. In diesem Jahr hat die Geschäftsstelle Mobilität bereits im Rahmen des Stadtradelns zusätzliche Aktionen gemacht. Die Verwaltung wird sich mit dem ADFC abstimmen und einen Vorschlag im Mobiliätsbeirat einbringen.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
20	Die Stadt (oder ein anderer Betreiber wie Stadtwerke, Stadtmarketing (falls ausgelagert)) erstellt auf dem geschotterten Parkplatz am Walter-Schweizer- Kulturforum einen Wohnmobilstellplatz für 6 Fahrzeuge oder mehr.	Ein Wohnmobilstellplatz wäre auch nach Ansicht der Verwaltung eine gefragte Ergänzung des örtlichen Übernachtungsangebots. Der vorgeschlagene Standort wird aber als weniger geeignet angesehen, da er bei Sportveranstaltungen hochfrequentiert ist.	01/66/ 81	VKS/TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag. Es wird ein neuer Standortsuchlauf und ein Gespräch mit der Messe geben.
Anträge der SPD-Fraktion					
21	Wir beantragen, den Ansatz der Gewerbesteuer für 2019 um 5 Mio. € auf 53 Mio. € zu erhöhen.	Im Steueraufkommen der Jahre 2017 und 2018 waren jeweils Zahlungen in Höhe von rund 10 Mio. Euro enthalten, von denen die Finanzverwaltung aktuell davon ausgehen muss, dass sie ab dem Jahr 2019 nicht mehr geleistet werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist von einer nochmaligen Erhöhung des Ansatzes abzuraten.	20	VKS	keine Abstimmung, einverstanden
22	Kinderbetreuung: Wir beantragen, die Verfügungszeiten des Personals in den Kitas, also die Zeit, die für die Vorbereitung der Arbeit in der Einrichtung und die Dokumentation der Entwicklung der Kinder benötigt wird, zumindest schrittweise wieder auf 10 Stunden für eine Vollzeitkraft zu erhöhen.	Im Jahr 2003 wurde im Zuge der Einsparmaßnahmen mit Beschluss vom 24./25.10.2003 die Reduzierung der Verfügungszeit im Erzieherbereich um 3 Std. von 9,5 Std./Wo. auf 6,5 Std./Wo. umgesetzt. Im Jahr 2006 erfolgte durch die Tarifeinigung zur Arbeitszeitverlängerung eine Erhöhung der Arbeitszeit von 38,5 auf 39 Std./Wo. Diese Erhöhung um 0,5 Std. wurde im Kitabereich der Erhöhung der Verfügungszeit zugeschlagen. Nach VKS-Beschluss vom Mai 2006 sollte diese zusätzliche 1/2 Stunde als Qualifizierungszeit genutzt werden, um den gestiegenen Ansprüchen des Orientierungsplans gerecht zu werden. Heute sind 33 Std. am Kind und 7 Std./Wo. Verfügungszeit (6,5 Std. +0,5 Std.) bei einer 100% Kraft umgesetzt. Ausgehend von 165,18 Vollzeitstellen (Oktober 2018) wären bei einer Umwandlung einer vollen Stunde am Kind in eine Verfügungszeit = 4,13 Vollzeitstellen notwendig, um die Arbeit mit dem Kind in der gleichen Qualität abfedern zu können. Ferner wären für diese Zusatzstunde ca. 217.700 € AG-Kosten/Jahr einzuplanen (nur EG S8a). Bei einer schrittweisen Annäherung an das Niveau der Verfügungszeit aus dem Jahr 2003 von 6,5 Std. auf 9,5 Std./Wo. wären insgesamt ca. 495 Wochenstunden und somit ca. 12,39 Vollzeitstellen notwendig. Die Erhöhung der Personalkosten würde mit zusätzlichen 652.900 €/Jahr zu Buche schlagen. Diese Stellen müssten besetzt werden, ebenso die noch offenen 11,5 Stellen für den Ausbau des Sternkinderhauses im März 2019. Unter dem Aspekt der derzeitigen Personalverfügbarkeit (Schwierigkeit der Personalgewinnung) rät die Fachverwaltung von der schrittweisen Erhöhung der Verfügungszeit ab. Ohne entsprechendes Personal, würde die Umsetzung nur über die vorübergehende Reduktion der Öffnungszeiten möglich sein. Die Fachverwaltung schlägt stattdessen vor, qualitative Verbesserungen (wie z.B. den Einstieg in eine Leitungsfreistellung) im Zusammenhang mit der bundes-land-bezogenen Umsetzung des sog. Gute Kita Gesetzes zu diskutieren.	40/10	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
23	Wir brauchen mehr Klassenzimmer: Wir beantragen, dass bis zur Verabschiedung des Haushalts die tatsächlich in 2019 benötigten Mittel eingestellt werden.	In der Schulklausur Ende Oktober wurde die Verwaltung gebeten, die Erweiterungen der Zeppelinschule und der Goldwiesenschule vorzubereiten. Das Verfahren für diese beiden Maßnahmen wird dem GR in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.	65/40	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
Anträge Liste Engagierte Bürger / FDP Fraktion					
24	Es sind jährlich 30.000 Euro in den Haushalt einzustellen für Naturschutzmaßnahmen, die Pflege sowie die Aufwertung des Naherholungsgebietes Leinfelden-Echterdinger Wald.	Der Antrag wird begrüßt und 30.000 Euro in die Änderungsliste aufgenommen. Es fanden bereits Gespräche und Ortsbegehungen mit der Forstverwaltung dazu statt. 2018 hat die Stadtverwaltung ein externes Büro beauftragt, ein Konzept für zusätzliche Tümpel für Gelbbauchunken zu erstellen (siehe TA-Bericht vom 8.5.2018).	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
25	Die Kindertagespflege in der eigenen Wohnung ist bei Unterstützung durch die Stadt der Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen finanziell gleichzustellen.	siehe Antrag Nr. 5	40	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
	Anträge der Filderpiraten				
26	Der Verein Heimstatt e.V. Esslingen beschäftigt derzeit eine 50%-Stelle für heute 100 Obdachlose. Die Filderpiraten beantragen ab Januar 2019 die Übernahme, bzw. Weiterführung der Stelle und wegen der gestiegenen Obdachlosenzahl, eine 100 % Stelle in den Stellenplan 2019 mit aufzunehmen. Diese Stelle kann auch mit den Kollegen Integrationsmanager im Sozialamt angesiedelt werden.	Das bisherige Projekt des Vereins Heimstatt e.V. wurde über den europäischen Sozialfonds bezuschusst und läuft zum Jahresende aus. Mit dem Geschäftsführer von Heimstatt e.V. wurden bereits Möglichkeiten der Fortsetzung erörtert. Die Ergebnisse und ein Vorschlag zur Fortsetzung des Projekts sollen in der ersten VKS-Sitzung im Jahr 2019 vorgestellt werden. 40.000 Euro werden in die Änderungsliste aufgenommen.	10/50	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
27	Damit die Bürger von L-E noch an die Umsetzung der Straßenverkehrsordnung glauben können beantragen die Filderpiraten noch eine zusätzliche Stelle im Stellenplan für den Gemeindevollzugsdienst.	Für den gemeindlichen Vollzugsdienst wurden aktuell 3 Stellen zusätzlich vom GR bewilligt. Ferner wurde eine Verwaltungsstelle bewilligt. Die Wirksamkeit dieses Personalverstärkung sollte abgewartet werden, bevor über weitere Stellen diskutiert wird.	10/32	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
28	Sozialticket (1 €) für den ÖPNV in Leinfelden-Echterdingen für Wohngeld-, Hartz IV Empf oder sonstige Empfänger monatlicher Zuschüsse	Die Verwaltung hatte hierzu ein Gespräch mit der VVS. Das Ergebnis der Pilotprojekte ist abzuwarten, da der VVS vor der Tarifreform 2019 keine weiteren Pilot-Kunden für Stadt-Tickets ermöglichen wird. Das Angebot soll dann aber für alle Bürger gelten. Aktuell gibt es über den Stadtpass nachfolgende Vergünstigungen im Nahverkehr: Kinder bis 15 Jahre, die in den öffentlichen Verkehrsmitteln Entgelt zu entrichten haben, erhalten Mehrfahrtenkarten für 1 Zone zur Verwendung im Verkehrsverbund. Stadtpassinhaber „A“ erhalten jährlich 3 Mehrfahrtenkarten (12 Fahrten). Stadtpassinhaber „B“ erhalten jährlich 2 Mehrfahrtenkarten (8 Fahrten).	32	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag. Im Zuge der Behandlung des Stadtpasses soll das Thema nochmals besprochen werden.
	2. Anträge, die keine finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2019 haben				
	Anträge der CDU-Fraktion				
29	Wohnraumschaffung: Die Verwaltung wird beauftragt ein wohnungspolitisches Konzept für Leinfelden-Echterdingen aufzuzeigen. Denn das bisherige Element Baulandentwicklungskonzept ist richtig, aber nicht ausreichend, wie in der Haushaltsrede erklärt.	Es befindet sich ein Konzept in Erarbeitung. Das "Handlungsprogramm Wohnen 2030" wurde bereits mehrfach beraten und soll im Januar/Februar 2019 beschlossen werden. Ergänzend zu den bisherigen Festlegungen werden dezernatsübergreifend Richtlinien für die Vergabe von Mietwohnungen und Baugrundstücken erarbeitet.	65/50	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
30	Die Verwaltung wird beauftragt, die Personalressourcen weiterhin zu bündeln, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für Flüchtlinge von derzeit 40% auf 80% + X, zu steigern.	Neben der Wohnraumversorgung, der Integration und dem Spracherwerb ist die Vermittlung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen für geflüchtete Menschen der große Schwerpunkt. Der Ehrenamtskoordinator mit der Matchingstelle sowie die Integrationsmanager bemühen sich weiterhin intensiv, die geflüchteten Menschen hierbei zu unterstützen. Ganz wichtig dabei ist der enge Austausch und die enge Kooperation mit dem vielfachen ehrenamtlichen Engagement in diesem Bereich. Inwieweit dadurch die Vermittlungsquote tatsächlich auf 80% erhöht werden kann muss abgewartet werden.	50	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-
31	Stadtentwicklung: Die Verwaltung wird beauftragt ein Sanierungsgebiet „Historische Mitte in Oberaichen“ auszuweisen, mit dem Ziel ortsprägende, identitätsstiftende Gebäude und Strukturen zu bewahren und die Nahversorgung langfristig in Oberaichen zu sichern. Für Stetten beauftragen wir die Verwaltung ihre Überlegungen zur Neuordnung der Bürgerschaft in einem Gesamtkonzept darzustellen, nicht nur Einzelmaßnahmen.	Der Vorschlag der Fraktion zum Erhalt historischer Strukturen wird begrüßt. Eine kurzfristige Ausweisung eines Sanierungsgebietes bzw. die Aufnahme in ein Landessanierungsprogramm wird auf Grund laufender Verfahren und Antragsstellungen vor dem Hintergrund personellen Kapazitäten und der derzeitigen Bewilligungspraxis als nicht möglich betrachtet. In Stetten gibt es einen Rahmenplan, der bereits in verschiedenen Veranstaltungen der Bürgerschaft vorgestellt wurde und der aktualisiert werden muss. Generell sollten alle hoch- und tiefbaulichen und gestalterischen Maßnahmen aufeinander abgestimmt sein und der einheitlichen städtebaulichen Leitidee folgen.	61	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
32	Mobilität: Die Verwaltung wird beauftragt Maßnahmen aufzuzeigen, die eine hohe verkehrliche Wirkung erzielen und den Verkehrsfluss innerhalb der Stadt verbessern.	Im Zuge der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) wurden Szenarien und Maßnahmen mit unterschiedlicher Wirkung entwickelt und bewertet. Die Maßnahmen aus dem VEP sind im Mobilitätskonzept enthalten. Zwei wichtige Maßnahmen wie der Stadteingang Echterdingen Nord und die Osttangente Leinfelden sind in Bearbeitung.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
33	Einzelprojekte Schiene: Die Verwaltung wird beauftragt, die verkehrliche Wirkung mit Hilfe einer aktualisierten Machbarkeitsstudie der Verlängerung U5 von Markomannenstraße bis Hinterhofstraße aufzuzeigen.	Die im Jahre 2003 durchgeführte Kosten-/Nutzungsuntersuchung der Trasse (Standardisierte Bewertung) muss für eine Förderung der Strecke ohnehin neu durchgeführt werden. Hierfür müssen auch die verkehrlichen Wirkungen ermittelt werden. Diese Untersuchung kann nur ein Ingenieurbüro mit entsprechender Erfahrung durchführen. Die Stadtverwaltung wird auf die SSB zugehen und um entsprechende Vorschläge bitten (siehe hierzu auch Antrag 9).	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
34	Auflösung Verkehrsknotenpunkte: Die Verwaltung wird beauftragt, neue Lösungsansätze zur Auflösung der Verkehrsknotenpunkte aufzuzeigen. (Z.B. die Querung Hohenheimer Straße in Leinfelden-Unterriechingen)	Die Verwaltung hat in den letzten Jahren bereits verschiedene Lösungsansätze für den genannten Knotenpunkt Hohenheimer Str. aufgezeigt. Für weitere Knotenpunkte bedarf es einer genauen Benennung.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
35	Die Verwaltung wird beauftragt bei Straßenneubauten und Straßensanierungen die konsequente Trennung von Fußgängerweg, Radweg und Straßenraum umzusetzen. Ziel ist es, das Sicherheitsgefühl und die Aufenthaltsqualität zu stärken, das Konfliktpotential durch Mischnutzung zu vermeiden. Wir beauftragen die Verwaltung dazu, diese Trennung verbindlich in einem Grundsatzbeschluss für die Stadtentwicklung festzulegen.	Die Überplanung eines Straßenquerschnittes ist in jedem Einzelfall neu zu entscheiden. Der vorhandene Straßenquerschnitt ist meist durch städtebauliche Vorgaben gegeben und muss entsprechend seiner verkehrlichen Nutzung und Anforderung gewählt und gestaltet werden. Dies ist von der Bewertung der Straßen gemäß der SVO abhängig. In einer Sitzung des Mobilitätsbeirats wird die Verwaltung Vorschläge dazu zur Diskussion einbringen.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
36	Die Verwaltung wird beauftragt, die begonnenen und noch offenen identitätsstiftenden Einzelprojekte mit Zielsetzung der Ortskernstärkung schnell umzusetzen und zukünftig die Filderhalle als Veranstaltungsort für Stadtmarketingmaßnahmen mit Zielrichtung Ortskernstärkung und Belebung zukünftig noch aktiver mit einzubeziehen.	Im Rahmen der noch anstehenden vertiefenden Beratung der im VKS am 5.6.2018 zum Stadtmarketing beschlossenen Zielstellung "Belebung der Ortskerne – Kaufkraftbindung" wird die Verwaltung der AG Öffentlichkeitsarbeit Vorschläge hierzu vorlegen. Sie verweist aber auch hier ausdrücklich auf ihre Stellungnahme zu Antrag 4.	01	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
37	Die Verwaltung wird beauftragt eine Werbekampagne „Saubere Stadt“ zu initiieren, mit dem Ziel das Bewusstsein für unsere gemeinsame Verantwortung zur Pflege unserer Stadt zu stärken. Es sind Anstrengungen notwendig, die schönste Seite der Filder zu pflegen.	Der Vorschlag wird prinzipiell befürwortet. Die Verwaltung teilt aber auch die Einschätzung in der Bürgerschaft, dass die Stadt, bis auf wenige Ausnahmen, bereits eine saubere Stadt ist. Ein Urteil, das man auch von vielen auswärtigen Gästen immer wieder hört. Die Verwaltung wird darlegen an welchen Orten sie Bedarf sieht und Vorschläge machen, wie dem abgeholfen werden kann.	01	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
38	Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Veranstaltungsformat für die Sportlerehrung in der großen Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen zu entwerfen. (Beispielhaft könnte das Veranstaltungsformat der Sportlerehrung in Überlingen zur Planung hilfreich sein).	Die frühere Sportlerehrung in LE hatte ziemlich genau das Format von Überlingen, wobei damals schon der Marathon der Ehrungen beklagt wurde, der den einzelnen Sportlern in der Masse nicht mehr gerecht wurde. Das derzeitige Format ist aus einer Forderung des GR im Zuge von Sparmaßnahmen entstanden und in Absprache mit den Sportvereinen zweigliedrig aufgebaut worden. Die Vereine ehren ihre Sportler bis zu einer festgelegten Erfolgskategorie selbst. Die Stadt ehrt die auf Bundes- und Europaebene erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler. Derzeit beschäftigt sich eine interne Arbeitsgruppe der Stadtverwaltung mit dem Thema Förderung des Ehrenamts, zu dem auch die Frage von Ehrungen und Anerkennungen gehört. Insofern ist es vorgesehen, neue Formate mit den Gremien abzustimmen.	40	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
39	Wir beauftragen die Verwaltung die konsequente Überwachung des Parkraums auszubauen und dafür einen externen Parküberwachungsdienst zu beauftragen, der die Ordnungsbehörde bis zur Umsetzung des neuen Parkierungskonzeptes in Leinfelden-Echterdingen in der Parkplatzkontrolle unterstützt. Ziel ist es hauptsächlich die auswärtigen S-Bahnnutzer, Flughafenreisende und Messebesucher aus den Wohngebieten fernzuhalten.	Nach rechtlicher Prüfung ist eine Beauftragung eines externen Parkraumüberwachungsdienstes aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten liegt nach § 47 Abs. 1 Satz 1 OWiG im pflichtgemäßen Ermessen der Verfolgungsbehörde. Dieses Einschreitens- und Ausübungsermessen kann nicht rechtssicher auf private Dienstleister übertragen werden. Die wesentlichen Schritte des Bußgeldverfahrens sind von den zuständigen Behörden selbst wahrzunehmen. Die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten bleibt den Behörden als Hoheitsträger vorbehalten.	32	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
40	Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für den Neubau eines Parkhauses über der Bundesautobahn A8 mit entsprechender Anbindung an die umliegenden Gewerbegebiete in Leinfelden-Echterdingen, Möhringen und Vaihingen zu beauftragen. Nach erfolgter Kostenschätzung soll ein Finanzierungsmodell gemeinsam mit der Region und der Landeshauptstadt Stuttgart erarbeitet werden. Gesondert soll die Vergabe der Parkplatzbewirtschaftung aufgeführt und ausgewiesen werden.	Derzeit wird in der Stadt ein Parkraumkonzept erarbeitet und Pläne für eine Überbauung der S-Bahn in Echterdingen für eine P&R Anlage überprüft. Es gibt auch erste Abstimmungen über die Verkehrsplanungen von Vaihingen mit der Stadt Stuttgart. In diesen Zusammenhängen kann die Frage nach einer Autobahnüberbauung mit einem Parkhaus angegangen und erörtert werden.	61	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
41	Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept für das Risikomanagement bei Starkregen zu veröffentlichen, inklusive einer Risikobewertung für die einzelnen Stadtteile.	Die Verwaltung hat das Thema Starkregenmanagement bereits aufgegriffen. Der Verwaltung liegen 3 Angebote für die erforderlichen Untersuchungen vor. Als nächster Schritt wird ein Förderantrag gestellt. Nach der Bewilligung der Fördermittel kann die Untersuchung beauftragt werden. Mittel hierfür sind im Haushalt 2019 angemeldet.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
42	Die Verwaltung wird beauftragt, die Energielieferverträge für ortsansässige Firmen auszuweiten.	Die Stadtwerke stehen in diesem Umfeld in einem harten Wettbewerb. Dennoch ist es ihnen gelungen die Strom und Gasversorgung von hiesigen Firmen zu übernehmen. Allerdings sind die Margen gering und das wirtschaftliche Risiko ist groß.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
43	Die Verwaltung wird beauftragt ihre führende Position im Glasfaserausbau im Landkreis Esslingen weiterhin auszubauen und eine Ausbauplanung vorzulegen. Der Glasfaserausbau soll auch Grundlage dafür bilden können, die digitalisierte Verkehrssteuerung in unserer Stadt voranzutreiben.	Die Stadtwerke sind in einem intensiven Dialog mit dem Landkreis und privaten Firmen um die führende Position weiter auszubauen.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
Anträge der Freien Wähler					
44	Erstellung eines konkreten Zeitplanes für die Maßnahmen zur Modernisierung/Sanierung/Neubau für die Verwaltung und Vorstellung der Ergebnisse im VKS.	In der Gemeinderatsstizung am 20.11.2018 wurde eine entsprechende Vorlage eingebracht. Die Vorlage basiert auf einem 2 Standortkonzept zur Sanierung/Neu- und Anbau der Rathäuser Echterdingen und Leinfelden (Siehe Vorlage "Perspektive Verwaltung" GR 194/2018).	10/65	VKS/TA	der Antrag wird zurückgestellt
45	Gegenüberstellung der Kosten für Sanierungsmaßnahmen der Rathäuser im Gegensatz zu einem Neubau einer Zentralverwaltung mit Erhalt der Rathäuser Echterdingen und Leinfelden als Bürgerbüros. Diese Kostenanalyse soll dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden bis spätestens Ende 2019.	Die Verwaltung ist der Auffassung, dass die Frage zur künftigen Ausrichtung der Verwaltungsgebäude zunächst aus politischer Sicht zu beantworten ist. Dabei ist zu entscheiden, ob die Verwaltung an den Standorten der Rathäuser Echterdingen und Leinfelden erhalten bleiben soll. In der GR Sitzung am 20.11. wurde dazu ein konkreter Vorschlag eingebracht.	10/65	VKS/TA	der Antrag wird zurückgestellt
Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen					
46	Wir fordern die Verwaltung auf, das bereits bestehende Konzept zur Radwegbeschilderung wieder aufzunehmen, auf Aktualität zu prüfen und umzusetzen.	Die Stadtverwaltung beteiligt sich an der Radnetzbeschilderung des Landkreises Esslingen und erhält eine vollständige Radnetzbeschilderung im Stadtgebiet. Somit werden sämtliche kommunale Radrouten beschildert sein. Die Wegweisung wird vom RP Stuttgart gefördert. Die Ausschreibung wird noch dieses Jahr veröffentlicht, die Umsetzung erfolgt 2019. Es entstehen keine Kosten für die Kommune, es sei denn, es wäre ein zusätzlicher Bedarf erforderlich. Dieser würde dann ebenfalls mit 50% bezuschusst werden. Das Thema wird im Mobilitätsbeirat besprochen.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
47	Wir erbitten einen Sachstandsbericht zum Hallenbad in Leinfelden.	siehe Antrag 10	65/40	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
48	Wir fordern die Verwaltung auf zu prüfen, ob, wie und wo sich eine Jugendherberge oder ein Hostel in unserer Stadt ansiedeln kann und im Gemeinderat zu berichten.	Eine Jugendherberge wäre auch nach Ansicht der Verwaltung eine sinnvolle und nachgefragte Ergänzung des örtlichen Übernachtungsangebots. Die Ansiedlung setzt aber auch das entsprechende Interesse eines Investors bzw. Betreibers voraus.	01/02/ 61	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
49	Die Stadtverwaltung Leinfelden-Echterdingen möge berichten, was sie mit dem Klimaschutzkonzept der Stadt vorhat, das eine Bestandsaufnahme der CO2 Emissionen im Ort, ein Konzept mit Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen und die Nutzung der Geothermie in LE vorsieht.	Es liegt ein Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2010 vor, jedoch sind viele Maßnahmen nicht individuell auf LE abgestimmt und zwischenzeitlich sind die Datengrundlagen auch veraltet (Stand: Jahr 2005). Es finden momentan interne Abstimmungen zum weiteren Vorgehen statt.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag. Es erfolgt ein Bericht im 1. Halbjahr 2019
50	Wir fordern einen Plan zur Realisierung der Sanierungen in den Rathäusern und einem weiteren Gebäude in Leinfelden auf der Fläche des ehemaligen Notariats. Ebenfalls fordern wir eine intensive Überprüfung, ob in Echterdingen auch ein Neubau im Rahmen der Ortskernsanierung möglich ist.	siehe Anträge 44/45	65/10	VKS/TA	der Antrag wird zurückgestellt

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
51	Die Stadtwerke entwickeln einen Solaratlas, bei dem die Bürger und Bürgerinnen prüfen können, wie gut ihr Haus für eine Solaranlage geeignet ist. Zusätzlich entwickeln sie ein Konzept, wie sie Hauseigentümern ein Pachtmodell für Solaranlagen anbieten können.	Die Stadtwerke sehen ein Solarkataster positiv. Sobald die Stadtwerke personell wieder aufgestellt sind, können sie die Möglichkeit eines Solarkatasters und dahinterstehende Geschäftsmodelle im SWA darstellen.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
52	Die Verwaltung soll zusammen mit der Netzgesellschaft eine Abwägung für den Übertrag des Glasfasernetzes zur Netzgesellschaft erarbeiten. Die Verwaltung möge bitte in Zusammenarbeit mit der Netzgesellschaft Pro und Contra erarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen.	Die Betriebsleitung sieht zur Zeit keinen Sinn in der Übertragung. Die Netzgesellschaft gehört zu fast 75 % den Stadtwerken. Daher sind auch 75 % der Finanzierung über die Stadtwerke abzusichern. In wie weit die Netze BW sich finanziell an dem Glasfasernetz beteiligen will müsste geklärt werden. Von der Abstimmung innerhalb der Stadt ist das jetzige Modell sinnvoller.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
53	Wir bitten sowohl um eine Zusammenstellung der aufgelaufenen Überstunden in den Ämtern, den Stadtwerken und den angegliederten Gesellschaften wie Filderhalle und Vetriebsgesellschaft, analog zum Vorjahr. Wir bitten nun um eine Fortschreibung der aktuellen Vergleichszahlen, um die Wirkung der Maßnahmen einschätzen zu können.	Auf den Personalbericht vom 17.04.2018 wird verwiesen. Die Fortführung der Statistik ist vorgesehen, hierzu sind die Zahlen zum 01.03. eines Jahres heranzuziehen. Die Analyse hierzu und der Bericht im VKS kann somit frühestens vor der Sommerpause 2019 erfolgen.	10	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
54	Wir erbitten einen Bericht über den Sachstand der geplanten Wohnbaugesellschaft.	Angedacht ist ein Eigenbetrieb für die Wohnungen. Die Erarbeitung der Konzeption für den Eigenbetrieb wird nach Personalaufstockung in der Abteilung Immobilien- und Objektverwaltung weitergeführt	65	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
Anträge der SPD-Fraktion					
55	Wir brauchen eine Liste der nicht abgeflossenen Mittel aus dem Haushalt 2018 (Ermächtigungsüberträge).	Die Liste kann erst nach Abschluss des Jahres 2018 erstellt werden, und wird wie auch schon im Vorjahr in der VKS-Sitzung im März 2019 dem Gremium vorgelegt.	20	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
56	Wir bitten einen Vorschlag zu erarbeiten, wie sichergestellt werden kann, dass die nicht abgeflossenen Investitionsmittel zum Jahresende einen Anteil von 15 % nicht überschreiten.	Dem Antrag wird nicht zugestimmt, da er nicht praktikabel umgesetzt werden kann. Mit Blick auf die aktuelle Baukonjunktur sind u.a. oft mehrere Ausschreibungsrunden notwendig, damit auf dem engen Baumarkt Firmen gefunden werden. Im Jahr 2018 werden die beantragten Haushaltsmittel im Straßenbau größtenteils abfließen. Eventuell werden Schlussrechnungen erst im Frühjahr 2019 eingereicht. Im Bereich der Freiflächen der Filderhalle, der Turn- und Festhalle Musberg, des Sternkinderhauses und des Wohnungsbaus an der Stuttgarter Straße können aufgrund der verzögerten Baufortschritte im Hochbau die beantragten Mittel nicht abfließen.	20/65/ 66	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
57	Wir beantragen, einen Bericht im Amtsblatt, der die Entwicklung der liquiden Mittel der Stadt und ihre vorgesehenen Verwendungszwecke beleuchtet.	Ein solcher Bericht wird erstellt, und in einer der kommenden Ausgaben des Amtsblattes abgedruckt.	20	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
58	Wir bitten um Vorschläge, in welchem Umfang Darlehen der Stadt an die Stadtwerke sinnvoll sind.	Es wird als sinnvoll erachtet und auf die Vorlagen Nr. 204/2018 und 207/2018 verwiesen.	20	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
59	Wir beantragen, die Vorlage eines Zeitplans wann sich der Gemeinderat mit der Vorlage zum Wohnungsbau in LE befassen wird.	Das "Handlungsprogramm Wohnen 2030" befindet sich in der Endabstimmung. Es ist vorgesehen im Januar/Februar einen Grundsatzbeschluss zum Wohnungsbau zu treffen. Die Umsetzung dieses Handlungsprogramm muss turnusmäßig überprüft werden.	65	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
60	Kinderbetreuung: Wir gehen davon aus, dass die eingetretene Kostensteigerung beim Sternkinderhaus bzw. das neue Vorhaben in Stetten über die Änderungsliste noch im Haushalt 2019 abgebildet werden. Wir bitten zudem um einen Bericht, wie die weiteren Projekte zur Sanierung und zum Neubau von Einrichtungen in der mittelfristigen Finanzplanung konsequent berücksichtigt sind.	Die angesprochenen Kostensteigerungen werden in die Änderungsliste HH 2019 übernommen. Weitere Projekte werden wie in der Kitaklausur besprochen weiter bearbeitet. Reglementierendes Problem ist die Personal-Ressource Amt 65.	65/40	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
61	Sanierung der Schulen: Wir beantragen einen Bericht zu den anstehenden Sanierungsmaßnahmen und eine Begründung für die Prioritätensetzung bei der Abarbeitung. Erst dann kann entschieden werden. Wir beantragen, dass bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen der Ausbau von Photovoltaikanlagen intensiviert wird.	Die Verwaltung hat im Rahmen der Erarbeitung des Medienentwicklungsplans eine Priorisierung der damit einhergehenden Schulsanierungen vorgenommen. Danach sind im Grundsatz erst die weiterführenden Schulen vor den Grundschulen vorgesehen. Hierbei sind die im Medienentwicklungsplan genannten ergänzenden Infrastrukturmaßnahmen keine Generalsanierungen von Schulen, sondern die Anpassung der Elektrik und des Brandschutzes an die heutigen Anforderungen. Energetische Sanierungen sind davon getrennt zu sehen bzw. können im Einzelfall ergänzt werden (Schönbuchschule). Bei größeren Maßnahmen werden Dächer generell von den Stadtwerken auf die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen untersucht. Dies wird bei allen Neubauten und bei größeren Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt.	65/40	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
62	Hallenbad Leinfelden: Wir beantragen zunächst einen Bericht zum geplanten Vorgehen, damit nicht Geld für teure Untersuchungen ausgegeben wird, die aus Sicht des Gemeinderats vielleicht überhaupt nicht benötigt werden.	Siehe Antrag Nr. 10	65/40	TA/VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
63	Ehrenamtliches Engagement ist wichtig. Wir bitten darum, dass sich die Stadt bei allen Ehrenamtlichen bedankt.	Das Amt für soziale Dienste führt bereits seit Jahrzehnten zielgruppenspezifische Dankeschön-Veranstaltungen durch. So gibt es jährliche Dankeschön-Feste für alle Ehrenamtlichen in der Seniorenarbeit. Mit dem Amt für Schulen, Jugend und Vereine findet im zweijährlichen Rhythmus eine Dankeschön-Veranstaltung für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsarbeit gemeinsam mit den Kochmüttern der einzelnen Schulen und den Tageseltern statt. Diese Veranstaltungen dienen dem Austausch und der Vernetzung untereinander, aber auch der Anerkennung der geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit. Weitere zielgruppenspezifische Aktivitäten wären denkbar. Ein Konzept wird derzeit in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unter der Federführung der persönlichen Referentin von Herrn Oberbürgermeister Klenk, Frau Hofmann, entwickelt. Beteiligt sind: A01 Herr Wagner, A40 Herr Kern und Frau Stolper, A10 Herr Henzler und Herr Schmidt, A41 Frau Wissmann-Steiner, A50 Herr Löwy, A02 Frau Goldak, A32 Herr Maier und A66 Frau Egner.	50	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
64	P+R Platz Leinfelden: Wir beantragen zu den Kündigungen der Deutschen Bahn einen Sachstandsbericht im zuständigen Ausschuss.	Der Bericht erfolgt noch dieses Jahr.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
65	Erdlager Oberaichen: Wir beantragen hierzu einen kurzen Sachstandsbericht im Technischen Ausschuss.	Erfolgt im Dezember 2018.	61	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
66	Pflegeeinrichtung in Leinfelden: Wir bitten um ein Konzept, wo und wie eine Pflegeeinrichtung möglich wäre.	Der Bedarf an Pflegeeinrichtungen, Betreutem Wohnen etc. in Leinfelden-Echterdingen ist nach wie vor sehr hoch. Für den Stadtteil Leinfelden führt das Stadtplanungsamt und das Amt für soziale Dienste konkrete Gespräche mit einem Investor (Grundstücksbesitzer) sowie einem Betreuungsträger. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen kann im zuständigen Ausschuss darüber berichtet werden.	61/50	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
67	Wie wollen wir in 2030 leben, wohnen und arbeiten? Wir erneuern unseren bereits mehrfach gestellten Antrag und bitten um Vorlage einer Konzeption LE 2030.	Aufbauend auf der integrierten Weiterentwicklung des Leitbilds für die Stadtentwicklung Leinfelden-Echterdingen (s. Vorlage 195/2016) und auf der Grundlage der Filderstudie bereitet die Verwaltung eine Klausurtagung in 2019 zum Thema Stadtentwicklung vor, in der auch das Leitbild thematisiert wird.	61	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
68	Volkshochschule: Wir beantragen die Vorlage eines Konzepts, in welchem Zeitfenster mit welchen Kosten die von der VHS vorgetragenen Bedarfe nach Unterrichtsräumen und technischer Ausstattung umgesetzt werden können.	Im Entwurf der Standortkonzeption für die Verwaltung sind auch Vorschläge für die künftige Ausrichtung der VHS enthalten. Die Räumlichkeiten im Neuen Markt, die derzeit von der Verwaltung genutzt werden, könnten für die VHS umgebaut und hergerichtet werden. Am Neuen Markt ist die VHS ja derzeit schon mit den meisten Unterrichtsräumen und der VHS-Verwaltung untergebracht. Somit könnte dort ein kompletter Bildungsstandort VHS entstehen. Darüber hinaus können bei Bedarf an den Schulen auch weiterhin dezentrale Unterrichtsräume genutzt und angeboten werden.	10/43/ 65	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
	Anträge Liste Engagierte Bürger / FDP Fraktion				
69	Es ist eine externe Analyse in Auftrag zu geben mit der Fragestellung: Welche Verwaltungsstruktur ist die bessere – ein zentrales Rathaus oder die Splittung in zwei Standorte? Darin soll auch eine fundierte Organisationsanalyse enthalten sein.	Auf die Anträge 44, 45 und 50 wird verwiesen.	10	VKS/TA	der Antrag wird zurückgestellt

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
70	Die Verwaltung möge den Stadträten erklären, auf welchen Grundlagen Kalkulationen getätigt werden, welche Instrumente der Kostenüberwachung in unserer Stadt angewandt werden und welche Möglichkeiten darüber hinaus bestehen, die bisherige Situation zu verbessern.	Im Tiefbaubereich erfolgt die Kostenkalkulation auf der Grundlage von den im Vorjahr abgerechneten Baumaßnahmen über m ² -Preise und mit dieser Berechnung für den kommenden Haushalt angemeldet. Erst danach erfolgt die konkrete Kostenberechnung in den einzelnen Leistungsphasen. Hier kann dann steuernd eingegriffen werden, indem zum Beispiel die Planung geändert werden kann oder Mittel für das kommende Haushaltsjahr nachgemeldet werden. Im Hochbau ist Grundlage für die Kalkulation bei Bauprojekten der BKI (Baukostenindex) und gebaute Beispiele aus den Architekturbüros und der Hochbauverwaltung. Kostenkontrolle ist Teil des Aufgabenbildes aus der HOAI für Architekten und Ingenieure, d.h., diese Kostenkontrolle wird dann noch von den Architekten im Hochbau überprüft. Hierzu ist ein Schulungsprogramm mit den Schwerpunkten Kostenkontrolle und Projektsteuerung in Arbeit. Zusätzlich sollen bei größeren Projekten externe Projektsteuerer beauftragt werden. Es ist geplant, die Haushaltsansätze künftig in der Software LuGM abzubilden und jeden Auftrag auch einzupflegen. eine Verknüpfung mit der Finanzsoftware kann erst nach Ablösung von KIRP erfolgen.	65/66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag. Es erfolgt eine detailliertere Antwort Anfang 2019 oder in der Sitzung am 18.12.2018.
71	Dem Gemeinderat sind Werkzeuge der Kostenkontrolle im Bau darzulegen. Darin sollen die Fragen beantwortet werden: Wie arbeiten wir? Wie arbeiten andere Kommunen? Welche Programme werden verwendet und welche sind am Markt? Was wären alternative Herangehensweisen? Welche Chancen und Risiken liegen in der Vergabe mit externen Projektpartnern? Eventuell Durchführung einer Klausurtagung.	Siehe Antrag 70	65/66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
72	Wenn die Baukosten den bei der Bewilligung des Projektes veranschlagtem Rahmen um mehr als 15 Prozent überschreiten, sind die Gründe dieser Überschreitung durch ein unabhängiges Gutachten zu prüfen. Die Gutachter werden vom Ältestenrat ausgewählt und sind diesem gegenüber berichtspflichtig.	Dem GR wird über Baukostenerhöhungen bereits heute mit detaillierten Erläuterung der Ursachen berichtet. Ein positiver Effekt eines externen Gutachtens wird nicht gesehen.	65/66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
73	Untersuchung: Welche Möglichkeiten der Digitalisierung bestehen in der Verwaltung? Z.B. Chatbots an der Telefonzentrale? Welche Maßnahmen werden in Leinfelden-Echterdingen ergriffen in Bezug auf Digitalisierung?	Die Digitalisierung ist ein derzeit allumfassendes und beherrschendes Thema für nahezu alle Lebensbereiche. Deshalb beschäftigt sich selbstverständlich die Verwaltung mit diesem Thema. Um den aktuellen Stand weiterzuentwickeln bedarf es allerdings einiger großer Veränderungen und Anstrengungen. Die Verwaltung plant in einer separaten Vorlage einen Sachstandsbericht vorlegen.	10	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
74	Es ist ein gesamtstädtisches Parkkonzept zu erstellen unter Beteiligung des Flughafens sowie der Messe. Dabei ist auch mit der Region zu klären, inwieweit das P+R-Parkhaus in Echterdingen gefördert werden kann.	Dies erfolgt im Rahmen der Parkraumkonzeption.	32/81	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
75	Es ist ein Gesamtkonzept Schulen zu erstellen, aus dem ersichtlich wird, wie unsere Stadt in 10 Jahren aussehen soll. Wo können neue Schulen entstehen? Wo sind Erweiterungen möglich? Welche laufenden Kosten (Sanierungen, Brandschutz, usw.) kommen in zehn Jahren auf uns zu? (sofern nicht bei Klausurtagung beschlossen)	Auf die Schulklausur und Antrag Nr. 23 wird verwiesen. Darüber hinaus wird die Verwaltung im kommenden Jahr einen Bericht im GR abgeben.	40/65	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
76	Bericht über das städtische Wassermanagement. Welche Auswirkungen hatten die trockenen Sommer auf den Grundwasserspiegel? Wie begegnet die Stadt den trockenen Sommern, welche Konsequenzen werden daraus gezogen? Wie sehr haben die Grünflächen 2018 gelitten?	Der Grundwasserspiegel ist über das gesamte Jahr 2018 niedrig geblieben. Auf der Gemarkung sind einige Bäume abgestorben. Eine generelle Auswirkung auf den Baumbestand wird sich erst in den drei Folgejahren zeigen. Um der zunehmenden Trockenheit zu begegnen, werden bei Neuanlagen fast ausschließlich trockenheitsresistente Pflanzen verwendet, Baumquartiere werden ausreichend groß geplant, nicht trockenheitsresistente Pflanzflächen werden umgebaut. 2018 wurden intensive Flächen vermehrt gegossen und über den Einbau von Bewässerungsanlagen bei intensiven Flächen wird nachgedacht. Derzeit hat die Stadt LE noch keine automatischen Bewässerungssysteme.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
77	Wir erwarten im Bereich Mobilität eine Studie/Vision, wie Leinfelden- Echterdingen in zehn bis 20 Jahren aussehen könnte/aussehen soll. Frage: Welche der Maßnahmen aus der Mobilitätsstrategie wollen wir konkret umsetzen?	Das Mobilitätskonzept ist auf das Jahr 2030 ausgelegt. Ein Maßnahmenkonzept mit Umsetzungshorizont kann der Broschüre "Mobilitätskonzept Leinfelden-Echterdingen" entnommen werden. Eine detaillierte Maßnahmenliste mit Zeithorizont wurde dem Ausschuss am 18.07.2017 vorgelegt. Für 2019 ist die Maßnahmenliste in Bearbeitung und wird dem TA Anfang des Jahres 2019 vorgestellt. Personalstellen im Bereich Mobilität sind nur befristet und mit laufenden Projekten komplett ausgelastet. Hier ist eine Verstärkung erforderlich (Antrag Stelle strategische Verkehrsplanung)	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
78	Aufzeigen von Möglichkeiten bzw. Zeithorizonten, wie eine Projektierung der Nord-Süd-Straße zwischen B27 (alt) und Leinfelder Straße noch deutlich vor 2030 beginnen könnte. Eine Machbarkeitsstudie mit belastbaren Kostenprognosen sollte baldmöglichst in Auftrag gegeben werden.	Dies wird von der Verwaltung begrüßt. Durch eine Machbarkeitsstudie kann ein solches Vorgehen aufgezeigt und ein Zeitplan mit Meilensteinen aufgestellt werden. Im TA am 06.11.2018 und im GR am 20.11.2018 wurde die Vorstudie zur Osttangente vorgestellt (siehe hierzu Antrag 1).	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.- vorschlag
79	Wir erneuern unseren Antrag, die Stadt Leinfelden-Echterdingen möge zu den Nachbarkommunen Kontakt aufnehmen, um einen Verkehrsgipfel Filder zu planen, in dem interkommunal diskutiert wird über die Probleme von Unternehmensansiedlungen, Wohnneubau und Pendlerströmen – um gemeinsam Lösungswege zu erarbeiten.	Es gibt bereits einen Austausch mit dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung Stuttgart. Es ist geplant die Verkehrsmodelle zu kombinieren und den Austausch zu verstetigen. Im KAF soll die interkommunale Abstimmung zur Verkehrsplanung einen höheren Stellenwert bekommen. Die Verwaltung sieht dies als Aufgabe des KAF und wird den Antrag mit dem Ziel der Festlegung einer gemeinsamen Vorgehensweise dort einbringen. Am 08.06.2018 fand bereits ein 'Verkehrsgipfel' unter Beteiligung aller Bürgermeister, der Stadt Stuttgart, des KAF, allen Verbänden sowie dem Verkehrsminister statt. Bezüglich den Themen 'Verkehr und Parkierung' fand ein Gespräch mit dem Verband Region Stuttgart statt.	66/32	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.- vorschlag
	Anträge der Filderpiraten				
80	Die Filderpiraten beantragen ein neues Sanierungsgebiet Leinfelden-Süd. Da es das uralte Sanierungsgebiet Westlich der Max-Lang-Str. gibt, können wir das Sanierungsgebiet auch östlich der Max-Lang-Str. nennen. Damit die Nahversorgung in Leinfelden-Süd verbessert wird, damit Lagerraum für die Leinfelder Vereine geschaffen wird, ein Kulturhaus oder ein Kino entstehen kann, damit auch in Leinfelden entlang der Lengenfeldstr., Markomannenstr., der Bahnhofstr. bis hin zum Schwabengarten auch eine Weiterentwicklung in Leinfelden stattfinden kann. In diese Planung gehört auch die Verkehrsentslastung von Unteraichen und Umsetzung der Nordspange und evtl. auch ein Übergang vom Industriegebiet Schelmenäcker auf den Neuen Markt.	Das "uralte" Sanierungsgebiet "Westlich der Max-Lang-Straße" befindet sich nun in einer entscheidenden Phase. Die Umsetzung der Maßnahmen bis 2021 und die Durchführung des Städtebaulichen Wettbewerbes "Leinfelden Mitte" sollten erst durchgeführt und abgeschlossen werden, bevor neue Aufgaben in Angriff genommen werden. Der Schutz erhaltenswerter Bausubstanz ist auch unabhängig einer Sanierungskulisse möglich. Diese "anderen" Möglichkeiten einer aktiven Denkmal- und Stadtbildpflege sollten auch genutzt werden.	61	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.- vorschlag
81	Die Filderpiraten beantragen zum Thema Lärminderung im Aktionsplan Stufe 3 alle Straßen mit mehr als 3 Millionen Fahrzeuge im Jahr mit einzubeziehen.	Der Antrag wird befürwortet. Bei den zusätzlichen Straßen werden bereits jetzt zahlreiche Maßnahmen umgesetzt: 1. Geschwindigkeitsreduzierung: Ein Großteil ist bereits als 30-er Zone ausgewiesen, bei den restlichen Straßen sollen im Zuge der Straßensanierung Geschwindigkeitsreduzierungen individuell geprüft werden (Einzelmessungen) z.B. Stettener Hauptstraße. 2. Verkehrsreduzierung: durch attraktiven ÖPNV, 6-spuriger Ausbau der B27, Osttangente, Parkraumkonzept uvm. Viele zusätzliche Straßen liegen im Lärmschutzbereich des Flughafens Stuttgart und haben Anspruch auf Erstattung der Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen. Der Mehrwert der Aufnahme von zusätzlichen Straßen in den LAP ist nicht erkennbar.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.- vorschlag
82	Wir beantragen ein umsetzbares Konzept für Unteraichen an den Durchgangsstrassen	Regelung des Verkehrs an der Kreuzung Hohenheimer Str./Max-Lang-Straße: In der Vergangenheit wurden schon intensive Überlegungen angestellt. Auch in Zusammenarbeit mit dem Ing.-Büro Brenner, das eine Kreisverkehrslösung an der Hohenheimer-/Max-Lang-Straße untersucht hatte. Welche jedoch schon aus Platzgründen nicht realisiert werden kann, da die notwendige Fläche nicht vollständig im Eigentum der Stadt ist. Verbesserte Abläufe mit Einbahnstraßenregelungen wurden im Mobilitätsbeirat behandelt und überzeugten die Mitglieder nicht, so dass diese nicht weiterverfolgt wurden. Die Untersuchung mit Lichtsignalanlagen an den Knoten Hohenheimer -/Max-Lang- / Stuttgarter Straße mit dem Ziel, verbesserte Abläufe zu erreichen, hat die Bürgerschaft nicht überzeugt. Die Regelung zur Entschärfung der Unfallhäufungsstelle am Knoten Hohenheimer -/Max-Lang- / Stuttgarter Straße, indem in der Hohenheimer Straße seit Ende 2015 nur noch nach rechts in die Max-Lang-Straße aus Richtung Stuttgarter Straße abgebogen werden darf, hat die Unfallhäufungsstelle beseitigt. Den Anforderungen an sichere Verkehrsabläufe wurde damit Genüge getan. Hiervon unabhängig sind Defizite in den Verkehrsabläufen hinsichtlich Rückstauungen in den Hauptverkehrszeiten. Eine Verflüssigung des Verkehrs sollte durch geeignete Maßnahmen erfolgen, diese Auffassung ist mit der Landespolizei abgestimmt. Am Knotenpunkt Maybach Straße / Max-Lang-Straße wird die Lichtsignalanlage im Zuge der Sanierung erneuert und eine neue Fahrspur gebaut. Die verkehrlichen Auswirkungen auf den gesamten Knoten und das nachfolgende Netz müssen im weiteren Verlauf beobachtet werden.	66	TA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.- vorschlag
83	Die Kernzeitbetreuung an den Grundschulen muss planerisch langfristig auf 100% ausgeweitet werden	Über die Schülerentwicklung inklusive der Schulkindbetreuung wird regelmäßig in den Gremien berichtet. Zudem wurden auf der Klausurtagung zum Thema Betreuung im Februar 2018 Festlegungen zur künftigen Entwicklung der Schulkindbetreuung getroffen, die auch eine höhere Inanspruchnahme beinhalten. Die derzeit in der Diskussion befindlichen Projekte in Stetten (St. Gabriel) und in Echterdingen (Zeppelinschule, Goldwiesenschule) beinhalten zum Teil deutliche räumliche Verbesserungen auch für die Schulkindbetreuungseinrichtungen. In Musberg wird über den gesamten Prognosezeitraum eine Konstante ohne Weiterungsbedarf erwartet, so dass in der Perspektive noch die Unterbringung an der LUS gelöst werden muss. Die weitere Entwicklung dort wird zeigen, ob es möglich sein wird, auf Schulräume zurückzugreifen oder aber Lösungen im Kontext mit dem Thema Hallenbad/Sporthalle am Campus gesucht werden müssen.	40	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.- vorschlag

Nr.	Anträge der Fraktionen	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/S WA	Erledigt VKS/TA/SWA
84	Leinfeld-Echterdingen braucht mindestens ein behindertengerechtes Standesamt	Das Standesamt befindet sich im Rathaus Leinfeld und ist durch die Rampe am Rathaus rollstuhlgerecht zu erreichen. Allerdings gibt es keine rollstuhlgerechten sanitären Anlagen. Die Trauzimmer sind dagegen weder in Leinfeld noch in Echterdingen behindertengerecht zugänglich. Auch aus diesen Gründen ist unverzüglich eine Entscheidung zur Standortkonzeption der Verwaltung zu treffen. Um eine schnelle Lösung für die Trauzimmer herbeizuführen, kommt derzeit nur ein zusätzliches Trauzimmer (z.B. in der Filderhalle) außerhalb der Rathäuser in Betracht.	10	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
85	Verlegung des Wochenmarkt in Leinfeld auf den Neuen Markt	Im Zuge der langfristigen Konzeption der Neugestaltung des Neuen Markts wird dieser Punkt erneut untersucht.	32	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
86	Verhandlung über den 10 Minutentakt der U5 mit der SSB	Die Umsetzung eines 10 Min Taktes auf der Stadtbahnlinie hängt auch von den Plänen der SSB zur weiteren Linienführung ab. Auf der derzeitigen Linie mit Endhaltestelle Killesberg besteht nach Aussage der SSB kein Bedarf für einen 10 min Takt. Sollte die Linienführung geändert werden ist eine Doppeltraktion oder ein 10 min Takt sicherlich wieder verhandelbar.	32/66	VKS	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag
87	Ausweitung der Glasfasertechnologie auf Wohn- und Mischgebiete	siehe Antrag 42. Eine Ausweitung in die Wohn- und Mischgebiete ist über Kooperationen mit Privatfirmen angedacht.	81	SWA	keine Abstimmung, einverstanden mit Verw.-vorschlag